Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt und „Handels-Zeitung erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Montag „Zeitgeist", Mittwoch „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Weltspiegel", Freitag illustriertes Witzblatt „Ulk". Mittwoch „Haus Hof Garten". Man abonniert bei all. Postanstalten d. Deutschen Reiches und der besetzt. Gebiete, Oesterr.-Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 8,25 Mark exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2,75 Mark, vierteljährlich 8,25 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6 Mark, fürs Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 3 Mark. Feldpost-Abonnements 3,25 Mark monatlich. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für d. Fernverkehr Nr. 14207—14209), u. d. nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 1 M. u. 70 % Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche mit 50 % Zuschlag. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 105; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönh. Allee 144; Moritzplatz: Rathenower Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Kleistr. 41; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 84; Scharrenstr. 39; Nürnb. Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/3; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 83. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburg. Str. 23. Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 574
47. Jahrgang

Sonnabend
9. November 1918

Die große Bewegung im Reiche.

Noch keine Antwort des Kaisers. — Die unblutige Umwälzung in Bayern. — Thronverzicht des Herzogs von Braunschweig. — Rücktritt Linsingens.

Bis in die späten Abendstunden war gestern **bei der Regierung in Berlin eine Antwort des Kaisers nicht eingetroffen.** Es zeigt sich, wie erschwerend auf alle Verhandlungen die Abwesenheit des Kaisers wirkt. Die Regierung hatte, wie wir glauben, dem Kaiser ihre Ansichten mit großer Klarheit und Bestimmtheit dargelegt. Man nimmt andauernd an, daß Wilhelm II. den Entschluß, abzudanken, entweder bereits gefaßt und nur noch nicht geäußert hat, oder im Laufe des heutigen Tages fassen und bekannt geben wird. Nicht ausgeschlossen ist es, daß er den Wunsch gehabt hat, das Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen abzuwarten, und daß er seine Abdankung mit dem Hinweise auf diese Bedingungen zu begründen gedenkt. Das wäre eine durchaus verständliche Form. Irgendein sicheres Anzeichen über die Absichten des Kaisers liegt aber nicht vor. Die Sozialdemokratie hat die von ihr gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes, der vermutlich Montag erfolgen wird, verlängert, weil sie angesichts der Waffenstillstandsverhandlungen den Vorwurf zu großer Ueberstürzung vermeiden will. Wie wir schon in fast der ganzen Abendauflage mitgeteilt haben, hat der Kaiser den Prinzen Max von Baden ersucht, bis auf weiteres die Geschäfte als Reichskanzler weiter zu führen. Man hofft in Regierungskreisen, daß der Prinz sein Rücktrittsgesuch zurücknehmen werde, wenn der Kaiser sich zur Abdankung entschließt. Sollte der Prinz nicht bleiben wollen, so würde das ganze Kabinett mit ihm gehen. Es würde dann, wie hier bereits gesagt wurde, die Bildung eines Kabinetts unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Abgeordneten Ebert die wahrscheinlichste Lösung sein.

*

Die Aufstandsbewegung, die am Sonntag in Kiel ihren Anfang nahm, hat sich mit geradezu unglaublicher Schnelligkeit auf immer weitere Teile des Reiches ausgedehnt. Bis auf vereinzelte blutige Zwischenfälle scheint sich, bisher wenigstens, alles auffallend ruhig abgewickelt zu haben. Die in den verschiedensten Städten ins Leben getretenen Arbeiter- und Soldatenräte haben überall die Hauptverkehrsanstalten und die Aemter besetzt und in den meisten Fällen waren die Behörden klug genug, mit den Vertretern einer neuen Staatsordnung und Gesinnung zusammenzuarbeiten, um insbesondere die Lebensmittelversorgung sicherzustellen.

Die Ursachen dieser großen Volksbewegung reichen natürlich weit zurück. Den eigentlichen Anlaß zu dem Ausbruch hat, wie der „Vorwärts" bereits gestern mitteilte, ein Gerücht gegeben, wonach die Flotte aus den deutschen Häfen auslaufen sollte, um einen letzten Verzweiflungskampf mit den Engländern zu bestehen, ehe der Waffenstillstand abgeschlossen werden würde. Soviel wir wissen, haben nur die sehr törichten alldeutschen Aeußerungen eines Offiziers das Gerücht verursacht. Tatsache ist, daß die Matrosen sich in Kiel in geschlossenen Massen ans Land begaben, mit den Arbeitern gemeinsame Sache machten und nun einen Arbeiter- und Soldatenrat begründeten. Von Kiel aus haben sich dann Abordnungen von Matrosen mit raschem Entschluß zuerst in die umliegenden und dann in weiter entfernte Städte begeben, um auch hier die Herrschaft den Arbeiter- und Soldatenräten in die Hand zu spielen. Man kann nach den bisher vorliegenden Mitteilungen sagen, daß fast ganz Nordwest- und Mitteldeutschland bereits in ihren Händen ist. Im rheinisch-westfälischen Industrierevier scheint diese Entwicklung allerdings erst in ihren Anfängen zu stecken.

Die Arbeiter- und Soldaten haben fast überall eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Man kann nicht sagen, daß sie von einem radikalen bolschewistischen Geiste getragen sind. Die militärischen Wünsche überwiegen, und nirgends ist von einer Konfiskation des Eigentums oder von einem blutigen Terror die Rede. Allerdings geht man mit drakonischen Strafen gegen alle die vor, die sich nicht ohne weiteres den Anweisungen des Arbeiter- und Soldatenrates fügen, um unter allen Umständen die Ruhe und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Diese überstürzte Entwickelung der Dinge hat die beiden feindlichen Flügel der Sozialdemokratie von selbst genähert, da sie beide durch den Zwang der Verhältnisse plötzlich vor praktische Aufgaben gestellt wurden. In München ist diese Einigung bereits in aller Form vollzogen worden. Im Gegensatz zu Rußland, wo der Bolschewismus eine ausgesprochene Diktatur des Proletariats durchzusetzen vermochte, hat in den verschiedenen deutschen Städten die wohlorganisierte und disziplinierte Sozialdemokratie von vornherein die Bewegung in die Hand genommen und so mit dazu beigetragen, daß es bisher nirgends zu katastrophalen Ereignissen gekommen ist. Das Kriegskabinett hat sich bereits wiederholt mit allen diesen ungemein ernsten Vorgängen im Reiche eingehend beschäftigt und hat, um die Gemüter zu beruhigen, Parlamentarier der linken Parteien zu den Aufständigen entsandt. Es hat den Anschein, als ob man zumeist gewillt ist, den Forderungen der Arbeiter- und Soldatenräte in weitgehendem Maße entgegenzukommen, um den bevorstehenden Waffenstillstand und Frieden nicht durch einen völligen politischen Umsturz im Deutschen Reiche zu gefährden. Berlin selbst, das Zentrum aller behördlichen Organisationen der Zivil- und Militärgewalt, ist bisher von der großen Bewegung noch nicht erfaßt worden. Man hat sehr umfassende militärische Maßnahmen getroffen, um alle Möglichkeiten im ersten Keime zu ersticken. Wir hoffen, daß die Ruhe weiter aufrechterhalten bleiben wird und richten nochmals die dringliche Mahnung an die Bevölkerung, alles, was eine Störung der Ordnung bedeuten oder herbeiführen könnte, zu vermeiden.

Besonders tiefgreifende Wirkungen haben die Vorgänge in München und in Braunschweig gehabt. Hier hat sich über Nacht ein völliger politischer Umsturz vollzogen. In Braunschweig entsandte der Arbeiter- und Soldatenrat eine Deputation zum Herzog, dem Schwiegersohn des Kaisers, und legte ihm eine Abdankungsurkunde vor. Der Herzog zögerte nicht, sie zu unterzeichnen und sie von den Ministern gegenzeichnen zu lassen. Hier hat sich also der Umsturz in beinahe klassisch staatsrechtlichen Formen abgespielt. In München ist dieser Umsturz noch rascher vor sich gegangen. In einer einzigen Nacht rissen die Arbeiter und Soldaten die ganze politische Macht an sich, erklärten Bayern zur Volksrepublik, setzten den König und die Dynastie ab und bildeten sofort eine neue Regierung, an deren Spitze Kurt Eisner trat, der einst mit fünf anderen Revisionisten aus dem Redaktionsverbande des „Vorwärts" gedrängt wurde und der während des Krieges zu den Unabhängigen übergegangen ist.

Charakteristisch für die Vorgänge in München war die Tatsache, daß große Teile der Bevölkerung, die eben noch wie die Bauernschaft ihre Treue zum Königshause in besonderen Kundgebungen versichert hatten, ohne jedes Zögern zu den Republikanern übergingen. Es darf unter diesen Umständen auch nicht überraschen, daß hier die Arbeiter und Soldaten durch Hinzuziehung der Bauern eine breite Grundlage schufen. Zu den neuen Männern, die eben noch dem alten Regime gedient hatten, gehören die bekannten Bauernführer Dr. Heim und Dr. Senlittenbauer sowie der frühere bayerische Verkehrsminister v. Frauendorffer. Die Bewegung, die kaum eine Woche datiert, dürfte noch keineswegs abgeschlossen sein, und man wird sich auf weitere Ueberraschungen gefaßt machen müssen. Bisher ist diese Revolution unblutig verlaufen. Alles wird nunmehr darauf ankommen, die rückflutenden Soldatenmassen bei der Demobilmachung möglichst schnell in geordnete Verhältnisse hineinzubringen, wenn man nicht unabsehbare Komplikationen dabei schaffen will. Vielleicht wird sich die jetzige Entwickelung das Zusammenarbeiten von Arbeitern und Soldaten in besonderen Räten, als ersprießlich erweisen. Die militärischen Behörden an der Front werden nach Abschluß der Waffenstillstandsbedingungen jedenfalls daraus die nötigen Konsequenzen ziehen. Das notwendige Mittel zur Ordnung der ganzen weiteren Verhältnisse im Reiche und das Ventil für die bestehende Spannung würde, wie wir wiederholen wollen, die Einberufung einer konstituierenden Versammlung sein.

* * *

Die Waffenstillstandsbedingungen überreicht.

Eine 72stündige Frist.

Amtlich. Berlin, 8. November. (W. T. B.)

Die Waffenstillstandsbedingungen sind unseren Unterhändlern mitgeteilt worden. Ihre Annahme in ihrer Gesamtheit wird bis Montag verlangt. Der Inhalt ist im Hauptquartier und in Berlin noch nicht eingetroffen.

Amsterdam, 8. November. (W. T. B.)

Das Buero Radio teilt mit, daß die deutschen Bevollmächtigten Freitag morgen im Großen Hauptquartier der Alliierten die Bedingungen für den Waffenstillstand mit der dringenden Aufforderung erhielten, sie binnen 72 Stunden, die am Montag morgen um 11 Uhr französischer Zeit ablaufen, anzunehmen oder abzulehnen. Der deutsche Vorschlag zum sofortigen Abschluß einer vorläufigen Waffenruhe wurde vom Marschall Foch abgelehnt. Der Text der Waffenstillstandsbedingungen wurde in das deutsche Hauptquartier durch Kurier geschickt.

Ruhe an der Westfront.

Amtlich. Berlin, 8. November. (W. T. B.)

An der Westfront ruhiger Tag.

*

Berlin, 8. November. (W. T. B.)

Folgende Erklärung des Direktors des Crédit du Nord veröffentlicht „Information" vom 25. Oktober: „Die Bankdepots aus Lille sind von den Deutschen lediglich in Sicherheit gebracht. Sie wurden zunächst in versiegelten Kisten aus Lille nach Brüssel unter Aufsicht von Angestellten des Crédit du Nord geschafft. Die Deutschen sollen zu ihrer Unterbringung in Brüssel besondere Räume gemietet haben. Die Panzerkästen der Kunden sind unberührt."

* * *

Ein sozialdemokratisches Flugblatt.

Verlängerung der Frist für die Erledigung der Kaiserfrage

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Reichstagsfraktion ließ gestern abend ein Flugblatt nachfolgenden Inhalts verteilen:

Arbeiter, Parteigenossen!

Ein Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden. Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf der Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzug durch Reichsgesetzgebung eingeführt werden. Die sofortige Parlamentarisierung der preußischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung. Die Einberufungen zum Militär sind rückgängig gemacht. Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute Mittag abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber nicht gefördert durch unseren Austritt aus der Regierung. Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion **die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert,** um erst das Aufhören des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen. Sonnabend vormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen. Arbeiter, Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden. Euere Kraft und euere Entschlossenheit verträgt diesen Aufschub.

Da wegen der Verkehrseinstellung die Papierlieferung völlig stockt, kann das „Berliner Tageblatt" ebenso wie andere Berliner Zeitungen heute nur in kleinem Umfange erscheinen.